

Ludwig Erhard
und die Parteibuch-Frage

„Soll ich Anmeldeformulare ausfüllen?“

Günter Buchstab

Noch immer gilt das berühmte Diktum des Historikers Hermann Heimpel: „Literaturkenntnis schützt vor Entdeckungen.“ Hätten sich die Autoren des *Stern* und ihre Journalisten-Kollegen doch an diese Erfahrungsweisheit gehalten! Dann wäre der Artikel vom 26. April 2007, den die *Illustrierte* aus Anlass des dreißigsten Todestages von Ludwig Erhard mit der Schlagzeile aufmachte: „Ludwig Erhard war nie Mitglied der CDU“, nicht als Entdeckung, ja als Sensation empfunden worden. Denn tatsächlich ist die Frage, ob Erhard Mitglied der CDU war und wann er ihr möglicherweise beigetreten ist, schon häufig gestellt und sowohl in der Presse wie in der Literatur immer wieder behandelt worden. Neues förderte auch der *Stern* nicht zutage. Und so war der Artikel nur ein Aufguss von Informationen, die schon zu Erhards Lebzeiten bekannt waren, damals in der Öffentlichkeit aber nur wenig auf größere Resonanz stießen. Für kurze Zeit versetzte der Artikel den Blätterwald aber in heftige Bewegung. Es hieß, der *Stern* habe einen Schwindel der CDU aufgedeckt, die um Erhards Parteizugehörigkeit eine Legende gestrickt und die Mitglieder und das Wahlvolk belogen habe. Das aufgewärmte Thema hätte sicher weniger Aufsehen erregt, wenn berücksichtigt worden wäre, mit welchem Engagement sich Erhard für seine Partei eingesetzt und in ihr gewirkt hat.

Erstmals tauchte die Frage um Erhards Parteibuch am 24. November 1956 in der *Neuen Rheinzeitung* auf, wo sich folgende Notiz findet: „Ludwig Erhard, Bundes-

wirtschaftsminister, erklärte in einem Gespräch mit Journalisten, er sei zwar CDU-Bundestagsabgeordneter und CDU-Minister, aber nicht Parteimitglied der CDU.“ Hintergrund dieser Meldung war wohl folgender Vorgang: Bei einer Bereinigung der Mitgliederkarteien hatte der Landesvorstand der CDU Nordwürttemberg festgestellt, dass die aus seinem Gebiet stammenden Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU zwar ihre Abgeordneten-Beiträge abführten, nicht aber zusätzlich einen Mitgliedsbeitrag entrichteten. Zu diesen Abgeordneten zählten unter anderen Ludwig Erhard und Eugen Gerstenmaier, was ein Vertreter der Jungen Union öffentlich machte. Der Vorstand hatte zwar in seiner Sitzung beschlossen, dass der Mindestbeitrag von 0,50 DM in den Abgeordneten-Beiträgen enthalten sei, doch die Information, auf die Erhard sogleich von Journalisten angesprochen wurde, war nun in der Welt. Der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte dies nicht glauben und forderte Erhard in einem Schreiben vom 27. November 1956 auf: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie umgehend die Bundesgeschäftsstelle der CDU in die Lage versetzen würden, die Meldung zu dementieren.“ Schriftlich reagierte Erhard auf diese Nachfrage des Kanzlers und Parteivorsitzenden nicht.

Nur ein Schönheitsfehler

Zehn Jahre später – am 14. Februar 1966 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl Erhards zu seinem Nachfolger

im Parteivorsitz – fragte Adenauer in ultimativer Form erneut nach, „weil ihm von ernstzunehmender Seite“ – tatsächlich von einem CDU-Mitglied des Stadtrats von Heilbronn – die Frage gestellt worden sei, „ob es richtig sei, daß Sie erst seit wenigen Jahren Mitglied seien. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich möglichst vor dem 16. Februar in den Stand setzen würden, diese Frage zu beantworten.“ Jetzt reagierte Erhard umgehend in einem „Persönlich! Streng vertraulich!“ klassifizierten Brief vom 15. Februar. Die formale Mitgliedschaft tat er darin als Formsache ab: „Ihr Brief vom 14. d. Mts. hat mich außerordentlich überrascht, denn Sie waren von dem angesprochenen Sachverhalt vor Jahren von mir persönlich unterrichtet worden.“ Dem Besitz des Parteibuchs habe er „wirklich keine Beachtung geschenkt“. Er räumte diesen „vermeintlichen Schönheitsfehler“ zwar ein, gab aber gleichzeitig seiner Verwunderung über diese Nachfrage Ausdruck: „Jedenfalls kann ich Ihnen versichern, daß, wenn ich durch achtzehn Jahre für die CDU in unendlich vielen Kundgebungen die Märkte und die Säle füllte, kein einziger Kandidat mir jemals die Legitimation der formalen Mitgliedschaft abverlangte.“

Eine Bestätigung Erhards, dass er der Partei angehöre, kann aus dieser Antwort sicher nicht abgeleitet werden. Immerhin erinnerte sich Adenauer – wie er handschriftlich am Rande dieses Briefs vermerkte –, dass er Erhard schon vor Jahren auf das Problem angesprochen habe, worauf Erhard mit der Frage reagiert habe: „Würden Sie in die CSU eingetreten sein?“ Adenauer gab sich damit zufrieden, „weil ich annahm, er sei in Frankfurt Mitglied der CDU geworden“, das heißt während der Zeit als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bi-Zone. Tatsächlich lag dieses Gespräch längere Zeit zurück. Nachdem Jakob Kaiser und Johannes Albers bei der Sitzung des Zonenausschus-

ses der CDU der britischen Zone am 25. Februar 1949 Zweifel an Erhards CDU-Nähe geäußert und ihn als Liberalen apostrophiert hatten, stellte dieser kurz und bündig fest: „Meine Linie ist die Ihrige.“ Um eine weitere Diskussion im Keim zu ersticken, nahm Adenauer auf dieses Gespräch Bezug, in dem Erhard gesagt habe: „Wenn Sie in München wohnten, würden Sie bei der CSU sein?“ Auf den Zuruf, was er denn darauf geantwortet habe, meinte er: „Ich habe die Frage überhört“, was mit Heiterkeit quittiert wurde (siehe *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, Seite 864). Wenige Tage später wurde Erhard auch auf einer Pressekonferenz am 24. Februar 1966 mit dieser Frage konfrontiert. Er bezeichnete sie als „unnützlich und überflüssig“ und wich einer klaren Antwort aus. Die *Stuttgarter Zeitung* berichtete daraufhin am 25. Februar 1966 lapidar, es sei ja bekannt, „daß er schon seit den Zeiten des Frankfurter Wirtschaftsrates Ende der vierziger Jahre und bei allen Wahlkämpfen für die CDU in der vordersten Linie gestanden habe“.

Widersprüchliche Aussagen

Das Thema war damit aber nicht erledigt, es wurde weiter spekuliert. So berichtete Walter Henkels in der *Saarbrücker Zeitung* vom 5. März 1966, Erhard habe sich erst kurz vor seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten am 23. April 1963 in die CDU-Mitgliederliste eintragen lassen. Eine andere Version war allerdings schon am 25. November 1963 – also kurz nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler – in der *Frankenpost* nachzulesen, wonach aus dem CDU-Kreisverband Heidenheim die überraschende Meldung gekommen sei, Erhard habe am 1. November 1963 die Mitgliedschaft in der dortigen CDU erworben. Die Ulmer CDU habe sich von dieser

Meldung enttäuscht gezeigt, einerseits weil sie angenommen habe, Erhard sei an seinem Bonner Wohnsitz bereits Mitglied, andererseits weil sie eigentlich davon ausgegangen sei, dass er seinen Beitritt längst in Ulm vollzogen habe. Wieder eine andere Variante stammt von Rudolf Pörtner, der 1989 in seinem Buch *Kinderjahre der Bundesrepublik. Von der Trümmerzeit zum Wirtschaftswunder* auf Seite 359 festhielt, Erhard habe ihm zwei Jahre nach Ende seiner Kanzlerschaft mitgeteilt, er sei erst einen Tag vor seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden in die Partei eingetreten, also am 23. März 1966.

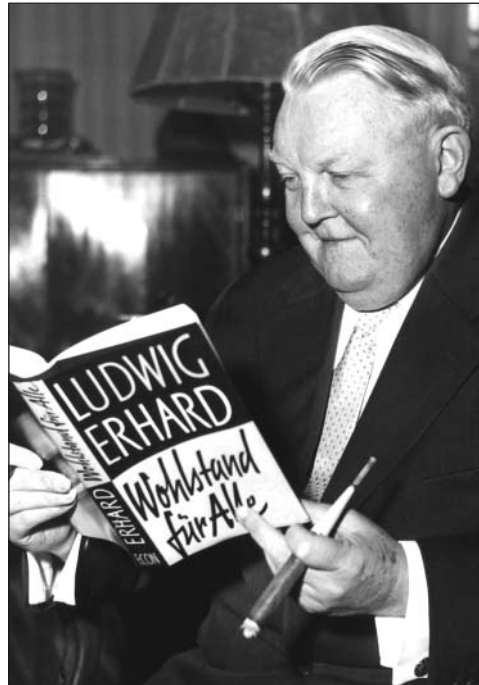
All diese Versionen lassen sich wiederum nur schwerlich in Einklang bringen mit der Aussage des langjährigen Vorsitzenden der CDU Nordwürttemberg, Klaus H. Scheufelen, in einem Brief an den Verfasser vom 27. Dezember 2005. Hier nach habe Erhard sich schon 1949 entschlossen, aufgrund des Angebots, für die Bundestagswahl den sicheren Wahlkreis Ulm-Heidenheim und den ersten Platz auf der Landesliste der CDU von Nordwürttemberg zu erhalten, den formalen Schritt in die CDU zu tun. Nach Scheufelens Erinnerung hat ihm der damalige CDU-Vorsitzende von Ulm, Franz Wiedemeier, das handschriftlich verfasste Eintrittsgesuch vom Sommer 1949 bei einer Sitzung des nordwürttembergischen CDU-Landesvorstands im Jahr 1963 präsentiert. Nur: Dieser Beleg ist nie wieder aufgetaucht.

Rätsel gibt auch ein im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung existierender, von Erhard aber nicht unterschriebener Parteiausweis vom 2. August 1968 auf, der als Eintrittsdatum den 1. März 1949 angibt. In welchem Zusammenhang dieser Ausweis im Jahr 1968 angefertigt worden ist, lässt sich nicht ermitteln.

Im Jahr 1988 schließlich veröffentlichte der Journalist Ernst Goyke erstmals Auszüge eines vertraulichen Interviews, das er und sein Kollege Otto Bolesch mit Erhard an einem Samstagnachmittag im Ja-

Mit dem Buch „Wohlstand für alle“ setzte Ludwig Erhard 1957, vor einundfünfzig Jahren, auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Den Begriff „Wirtschaftswunder“ lehnte er ab.

© picture-alliance/akg-images



nuar 1962 geführt und auf Tonband aufgezeichnet hatten. Auf die entscheidende Frage gab Erhard zur Antwort: „Ich brauche doch nicht, wie der kleine Steuerinspektor, mich in einer Partei anzumelden, um zu einer Partei zu gehören [...] Ich will Ihnen aber etwas sagen, das hat gar nichts zu tun mit meiner vollen Treue zu dieser Partei, und ich habe bei Gott im Himmel bewiesen, daß ich für die CDU eingetreten bin wie selten einer. Aber ich habe es so primitiv empfunden, daß ich hingehen soll [...] Ich habe ihnen ein Wirtschaftsprogramm gegeben, sie haben noch keins gehabt, und wir haben vor allem die erste Bundestagswahl gewonnen und alle anderen wesentlich mit. Soll ich da hingehen und soll Anmeldeformulare ausfüllen? Also bitte [...] Das ist jetzt vertrau-

lich: Ich bin's gar nicht.“ (Siehe *Parlament* 38, 1998, Nr. 21–22, Seite 21.)

So lässt sich ein schriftlicher Parteieintritt Erhards weder von der Aktenlage her belegen noch durch seine eigenen Aussagen. Allerdings wird man auch eine Regelung, die diese Formalität einer Mitgliedschaft mit Parteiausweis zwingend vorschrieb, sowohl im ersten Statut der CDU vom 20. Oktober 1950 als auch im nächsten vom 28. April 1956 vergeblich suchen. Erst auf dem Parteitag in Karlsruhe am 27. April 1960 wurde – im Kontext der organisatorischen Verfestigung der als Bewegung entstandenen Partei – bei einer weiteren Neufassung der Satzung die Mitgliedschaft definiert und unter anderem festgelegt, dass ein Aufnahmeantrag schriftlich gestellt werden müsse. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte Erhard, der auf dem Parteitag zugegen war, auf diesen auch für ihn notwendigen formalen Akt aufmerksam werden müssen. Aber ein „kleiner Steuerinspektor“ wollte er eben nicht sein. Vielmehr fühlte er sich subjektiv als Parteianghöriger und wurde als solcher auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen, da er seit 1949 mit der CDU auf das Engste verbunden und in ihren Gremien auf allen Ebenen präsent war.

Zugehörig auch ohne Parteibuch

Schon im Frankfurter Wirtschaftsrat nahm er ab dem 30. März 1948 häufig an Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion und ihres Vorstands teil. Ohne nach dem Parteibuch zu fragen, lud Adenauer ihn vor der ersten Bundestagswahl in Führungsgremien der CDU zu Vorträgen über wirtschaftspolitische Grundsatzfragen ein – erstmals zum 2. Parteitag der CDU der britischen Zone am 28. August 1948, wo er für seine Ausführungen zur sozial verpflichtenden Marktwirtschaft von den Parteitag delegierten lang anhaltenden Beifall erhielt. Bei seinem zweiten Auftritt, am 25. Februar 1949 vor dem Zonenausschuss,

fühlte er sich – wie er es ausdrückte – bereits der CDU zugehörig, auch wenn er zugab, formal noch nicht die Mitgliedschaft zu haben, weil er ja aus Bayern komme und insofern nicht wisse, „zu wem ich mich da bekennen soll“. Wenn er eine andere Linie als die der CDU verträte, „dann wäre ich so ehrlich und würde nicht hier stehen“. (Siehe *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, Seite 678, 838, 864.)

Bereits vor Beendigung der Arbeit des Parlamentarischen Rats und der Verabschiedung des Grundgesetzes trat er Ende April 1949 öffentlich in seinem zukünftigen Wahlkreis Heidenheim-Ulm auf. Als Kandidat für die erste Bundestagswahl wurde er offiziell im Juni aufgestellt. Dort war er von nun an nicht nur häufig als stets geschätzter Redner präsent, er hielt – wie die Protokolle des CDU-Kreisvorstands Heidenheim ausweisen – außerdem relativ häufig Sprechstunden ab. Auch half er mit Geldzuweisungen aus, wenn die CDU in Geldnöten steckte – so etwa im Frühjahr 1950 mit 600 DM zum Erhalt der beiden Geschäftsstellen in Heidenheim und in Ulm. Allein diese wenigen Fakten belegen, wie sehr er in seinem CDU-Verband heimisch und verwurzelt war und wie ernst er selbst als Minister seine Wahlkreis-Arbeit nahm. Als Adenauer seinen potenziellen Nachfolger 1959 gegen seinen Willen in das Amt des Bundespräsidenten abdrängen wollte, um den wenig geschätzten Kronprinzen aufs politische Abstellgleis zu schieben, mobilisierte er seine Anhänger in Fraktion und Partei. Ohne den einmütigen Willen „meiner Partei“ sei er nicht bereit, die Kandidatur anzunehmen, teilte er dem Kanzler am 28. Februar 1959 mit, denn er gehöre „nach Kenntnis, Befähigung, Neigung und Temperament in die aktive Politik, das heißt in das dynamische Leben“. Und so wies er nicht

ohne Berechtigung in seinem erwähnten Schreiben an Adenauer aus dem Jahr 1966 darauf hin, „daß ich mich seit den Tagen des Frankfurter Wirtschaftsrates stets mit meiner ganzen Person für die CDU eingesetzt habe und nicht nur in fünf Bundestagswahlkämpfen, sondern bei allen Landtagswahlen und vielen Kommunalwahlen unentwegt die Sache unserer Partei vertrat. Ich habe ihr in der Sozialen Marktwirtschaft vor der ersten Bundestagswahl das wirtschaftspolitische Programm gegeben und es auf gesellschaftspolitischem Felde fortdauernd weiterentwickelt. Niemand wird bestreiten können, daß diese Politik wesentlich zu den Siegen der CDU beitrug.“ Insofern sah er – so sehr ihn Adenauer drängte, den formellen Beitritt zu vollziehen – seine Haltung und seinen Einsatz für die Partei „von dieser Formsache weder vorher noch nachher berührt“.

In der durchbürokratisierten und verrechtlichten Welt von heute mag eine Parteizugehörigkeit ohne Parteibuch verwunderlich sein. Auf die Causa Erhard angesprochen, meinte der Parteienrechtler Martin Morlok im Zusammenhang mit dem *Stern*-Bericht, wer kein Mitglied sei, könne auch kein Parteivorsitzender werden – eine interessante Arabeske in der unendlichen Geschichte um Erhards Parteibuch.

Wer sich mit Parteiengeschichte befasst, unterliegt leicht der Versuchung, sie aus der Perspektive der Gegenwart zu betrachten. Mit Geschichte hat das wenig zu tun. Die 1945 gegründete CDU trat als wertgebundene Weltanschauungspartei ins Leben, die sich bewusst vom traditionellen und dogmatisch fixierten Parteidenden der Vergangenheit abzusetzen

und die überkommenen konfessionellen, gesellschaftlichen und landsmannschaftlichen Grenzen zu überwinden suchte. Ihre Grundsätze und Ziele entsprachen Erhards geistiger Grundhaltung und führten ihn schon im Frankfurter Wirtschaftsrat zur CDU, ohne dass er je den Ehrgeiz besessen hätte, sich in ihr organisatorisches und rechtliches Gefüge einzubinden oder einbinden zu lassen. Bekannt ist, wie widerwillig er sich zur Kandidatur für den Parteivorsitz 1966 bereitfand. Nicht wenige, die sogar zu den Parteigründern gehörten, verhielten sich ähnlich – wie zum Beispiel Eugen Kogon, der die Partei in Frankfurt mitgegründet hatte, aber nie einen Parteiausweis besaß, solange er der CDU angehörte. Man konnte also Parteigründer sein, ohne nach heutigem Verständnis formales Mitglied zu sein. Auch Erhard betrachtete diese Formsache als *Quantité négligeable* – wie übrigens ebenfalls sein langjähriger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ludger Westrick, von 1964 bis 1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts. Nach seinem Parteiverständnis reichte die Übereinstimmung mit den Prinzipien und Zielen der CDU aus, für sie, mit ihr und in ihr mit großem Einsatz und anerkannter Kompetenz politisch zu wirken.

Doch das wird sicher nicht verhindern, dass die Frage der CDU-Parteibuchmitgliedschaft Ludwig Erhards auch in Zukunft alle paar Jahre wieder von „kleinen Inspektoren“ der Medienzunft neu entdeckt und hochgekocht werden wird. Denn sie – getrieben im Rennen um Aufmerksamkeit und Geld – dürften auch diesen Beitrag ebenso wenig zur Kenntnis nehmen wie frühere Aussagen.